

Bezugspreise für das
ehemalige Österreich-Ung.
ganzjährig K 10.—
halbjährig K 5.—

für Amerika:
ganzjährig D. 2.50

für das übrige Ausland
ganzjährig K 12.—

Gottscheer Zeitung

Anzeigen (Inserate)
werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
geschickt.

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung der Gottscheer Zeitung in Gottschee Nr. 121.

Berichte sind zu senden an die Schriftleitung der Gottscheer Zeitung in Gottschee.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Nr. 6.

Gottschee, am 20. September 1919.

Jahrgang I.

Die richtig gehende Uhr.

Wir leben in einer Zeit großen geschichtlichen Wandens. Der Schlag der Weltuhr kündigt Stunden von unermesslicher Bedeutung für das Schicksal der Völker und Staaten. Die neue gährende Zeit mit ihren schweren Erlebnissen hat auch unser Volk in Gottschee tüchtig aufgerüttelt. Ein jeder von uns fühlt, daß an ihn jetzt der Ruf der Heimat ertönt: Lieber Freund, dämmere nicht untätig und teilnahmslos dahin, sondern betätige dich nach Möglichkeit für die Deinen und für Deine Heimat! Unsere demokratische Zeit will freie Bahn schaffen für alle Tüchtigen. Wohl gemerkt: nicht für Phrasendrescher, Worthelden und hohle Wichtiguer, nicht für Allesbesserwiffer und Nichtsbesserwiffer, sondern für die wirklich Leistungswilligen und Leistungsfähigen. Auch unser Jungvolk muß heran zur Arbeit, zur Betätigung im öffentlichen Leben. Die Älteren, Erfahrenen, Erprobten sollen dabei seine Führer sein. Sowie bei einem Uhrwerk eine treibende Feder vorhanden ist, sowie einige Räder und Rädchen sich rasch drehen, andere wieder langsamer, und wie es dabei auch „Hemmungen“ gibt, damit die Uhr richtig gehe, so ist's auch mit dem Uhrwerk des menschlichen Betriebes. Aus drängenden Antrieben und scheinbaren Hemmungen, aus stürmischem Jugenddrang und zurückhaltender Besonnenheit muß sich die richtige Mittellinie ergeben. Die Unterschiede in der Betätigung, das verschiedene Temperament und Tempo dürfen dabei nicht zum Gegenstand der Anklage oder des Vorwurfes gemacht werden, sondern man muß allseits ohne Eigensinn und Rechthaberei dem gemeinsamen schönen Ziele zustreben, das uns alle vereinigen soll. Und dieses Ziel ist das Wohl und Glück unserer Heimat.

Da heißt es sich verstehen und oft gegenseitig nachgeben. Das Leben besteht eigentlich aus nichts anderem als einer fortgesetzten Reihe von Kompromissen und jeder kommt einmal in die Lage, Wasser in seinen Wein gießen zu müssen. Über leere Nörgeleien, die manchmal von Leuten geübt werden, die hiezu weder befähigt noch berufen sind, tröste man sich mit den Worten, die kürzlich einmal in einem Schweizer Blatte standen: „Drei Sorten von Zeitgenossen sind beschwerlich: die Schwächer, die Übermenschen und die Opponenten. Wie soll man sie behandeln? Die Schwächer muß man ertragen, ohne die Liebenswürdigkeit zu verlieren. Die Übermenschen darf man nicht ernst nehmen, sondern man behandle sie rücksichtsvoll wie Kranke. Opponenten gebe man zu arbeiten, bis sie positiv werden. Wer gegen die drei ankämpft, vergeudet seine Nervenkraft und verstärkt sie nur in ihrer Verkehrtheit. Man lasse ruhig die Schwächer schwächen, die Übermenschen prahlen und die Opponenten negieren. Das gehört zu unserer Arbeit wie das Kreischen der Maschine zum Sägewerk. Nur ruhig Blut! Positive Leistungen stopfen aller Mäuler.“

Wir können nicht umhin, obigen kurzen Ausführungen, die mehr allgemeiner Natur sind, noch ein paar Worte hinzuzufügen, die

gewissermaßen unsere politische Uhr in Gottschee betreffen. Wir bekennen uns zu dem Staate, dem wir angehören, nicht etwa aus Furcht oder in heuchlerischer Weise, sondern weil unser Schicksal mit ihm auf das innigste verwoben ist, weil wir politisch und wirtschaftlich mit ihm aufs engste verknüpft sind, weil das Gedeihen des Staates auch unser Wohlergehen bedeutet. Es war ja allerdings gewiß nicht leicht, alten Idealen Ade zu sagen.

Aber kann man ohne Ideale überhaupt leben? Nein, gewiß nicht! Eine Jugend zumal ohne Ideale wäre keine Jugend mehr. Nur muß das neue Ideal den jetzigen Verhältnissen angepaßt sein. Wir müssen ein Ideal suchen und finden, das die Liebe zur engeren Heimat mit dem Staatsgedanken harmonisch zu verbinden weiß. Und worin besteht dieses Ideal für Gottschee? In der Erhaltung unserer Eigenart im Rahmen des jugoslawischen Staates. Es ist das allerdings ein Ideal, das mehr Klugheit, Besonnenheit und Beharrlichkeit erheischt als stürmischen Drang. Der Weg zu diesem Ideal, die Art und Weise, es zu erreichen, läßt sich programmatisch nicht darlegen; wir können die Methode nicht von vorneherein ein für allemal festlegen, weil die Mittel sich den jeweiligen Verhältnissen anpassen müssen. Vielleicht mag unser Ideal manchem zu bescheiden erscheinen. Aber haben wir nicht alle gründlich lernen müssen, bescheiden zu sein?

Ministerpräsident Tuzar in Prag äußerte sich neulich: „Wenn unsere deutschen Landsleute sich vorbehaltlos auf demokratischen Boden stellen, wenn sie gleich uns an der sozialen Vervollkommnung ihres Stammes und damit an der Gesamtheit mitarbeiten, wenn sie ob der Zukunft die Vergangenheit vergessen und volles Verständnis für die Forderungen der Gegenwart bekunden, dann werden sie sich mit uns unschwer über Formen und Bedingungen des Zusammenlebens verständigen, welche allerdings mehr den praktischen Bedürfnissen der Bevölkerung als den Klauseln einer zünftigen Advokatie entsprechen müssen.“

Wir Gottscheer sind bereit, im Rahmen des Staatsgedankens und zum Nutzen des Staates und unserer engeren Heimat an unserer Vervollkommnung zu arbeiten. Das möge das Hochziel sein, dem unser Streben gilt.

Aus Stadt und Land.

Gottschee. (Vom politischen Verwaltungsdienste.) Herr Dr. Franz Maršič, Landesregierungskonzeptpraktikant in Gottschee, wurde zum provisorischen Landesregierungskonzipisten ernannt.

— (Realgymnasium.) Wegen Mangels an passenden Wohnungen für Schüler wird in den Räumen des hiesigen Realgymnasiums ein Schülerheim errichtet, das die Barmh. Schwestern des Marienheims führen werden. In dieses Heim werden gegen 20 Schüler der ersten Klasse (mit slowenischer Unterrichtssprache)

aufgenommen. Für die Verpflegung, Wäsche usw. ist monatlich der Betrag von 150 K zu zahlen. Anmeldungen zur Aufnahme sind an Herrn Prof. Polovič zu richten. Die Einschreibung in die erste Gymnasialklasse findet ausnahmsweise erst am 22. und 23. September statt.

— (Trauung.) Am 5. September fand in Kopezen (Böhmen) die Trauung des Herrn J. U. Dr. Franz Hufnagl, Statthaltereikommissärs, mit Fräulein Elisabeth Woelfler statt. Unseren herzlichsten Glückwunsch.

— (Vom Wetter. — Ernte.) Der Spätsommer hat an Wärme das eingeholt, was der kühle Juli veräumt hatte. Das Barometer erreichte in den vergangenen Wochen manchmal eine Höhe, wie wir sie das ganze Jahr nicht verzeichnen konnten. Infolge der günstigen Witterung hat sich nunmehr auch der Mais erholt und wird hoffentlich ausreifen. Ob dies auch bei allen Gattungen Fisolen der Fall sein wird, kann noch nicht bestimmt gesagt werden. Die Erdäpfelernte dürfte ziemlich befriedigend ausfallen, nur haben die Erdäpfel da und dort durch Engerlinge und Mäusefraß gelitten. Minder günstig war die Getreideernte. Man rechnet sonst bei uns normal auf ein zehnfaches Erträgnis der Aussaat. Heuer gehört eine achtfache Ernte zu den günstigen Ausnahmen, manche haben nur das Vierfache der Aussaat geerntet. Kraut und Rüben brauchen noch etwas Feuchtigkeit. Was das Obst anbelangt, sind die Birnen im allgemeinen gut geraten, auch Äpfel gibt es, hingegen ist die Zwetschenernte gering.

— (Der Kompensationsvertrag mit Österreich.) Nach längeren Verhandlungen ist nunmehr der Kompensationsvertrag zwischen Jugoslawien und Österreich zustande gekommen. Hiernach verpflichtet sich der jugoslawische Staat zur Lieferung von 5000 Waggons Mehl, für welche der Gegenwert in deutschösterreichischen Rohstoffen und Waren (von Rohstoffen hauptsächlich Salz) gesendet werden soll.

— (Zur Frage des Privateigentums im Friedensvertrage.) Im Sinne des § 249 des Friedensvertrages mit Österreich werden die Personen, welche innerhalb sechs Monaten vom Inkrafttreten des Friedensvertrages nachweisen, daß sie ohne weiters in Gemäßheit der Bestimmungen des Vertrages die Staatsbürgerschaft einer verbündeten oder assoziierten Macht (z. B. Jugoslawiens) erworben haben, nicht als österreichische Staatsbürger betrachtet und ihr Vermögen im Auslande kann daher nicht zwangsweise liquidiert werden; dasselbe gilt für jene, die auf Grund der Artikel 72 und 76 die Staatsbürgerschaft der Nationalstaaten mit der Zustimmung der zuständigen Behörde erlangen oder zufolge ihrer früheren Zuständigkeit erwerben.

— (Das Bettauer Handelsgremium über die Frage der Kriegsanleihe.) Anlässlich der am 21. August l. J. in Bettau abgehaltenen Vollversammlung des Bettauer Handelsgremiums wurde vom Gremialvorstand eine Entschliebung beantragt, die über die Lösung der Kriegsanleihefrage folgende Vorschläge enthält: 1. Der Staat SHS übernimmt die auf ihn entfallende Kriegsanleihe zur Verzinsung und Rückzahlung. 2. Die Zinsenscheine, welche bis zum Zeitpunkt der Übernahme schon zur Zahlung fällig waren, wären noch voll einzulösen, weil sich selbe als Ersatzzahlungsmittel bereits im Verkehr befinden. 3. Nach Übernahme der Kriegsanleihe könnte der Zinsfuß derselben so weit herabgesetzt werden, daß der Zinsertrag derselben gerade noch hinreicht, um für die belehnten Kriegsanleihen die Lombardzinsen zu decken. Es wäre dies mit Rücksicht auf die 75%ige Belehnung des Nennwertes der 4%ige Zinsfuß. 4. Die Kriegsanleiheschuld könnte dann überdies in eine immerwährende Schuld (Rentenschuld) des Staates SHS umgewandelt, bezw. konvertiert werden, so daß der Staat für die nächste Zukunft nur für die pünktliche Zahlung der Zinsen der alten Staats- und Kriegsanleiheschuld aufzukommen hätte.

— (Sanitätsabteilung für Slowenien.) In den Wirkungsbereich der neu errichteten Sanitätsabteilung (Sektion) für Slowenien und Istrien bei der Landesregierung in Laibach fallen

alle Obliegenheiten dieses Zweiges. Alle Sanitätsorgane, die bisher der Abteilung (poverjenistvo) für Inneres und dem Präsidium der Landesregierung untergeordnet waren, fallen von nun an sowohl in fachlicher als auch in administrativer Hinsicht unmittelbar in den Verwaltungsbereich des Ministeriums für Volksgesundheit, bezw. in den der Sanitätssektion für Slowenien und Istrien in Laibach.

— (Die Postgebühren im zwischenstaatlichen Verkehr) werden nach dem Schlüssel 1:3 bezahlt, also für einen gewöhnlichen Brief bis zu 20 Para (75 Heller), für eine gewöhnliche Postkarte 10 P. (30 h), für die Rekommandation 25 P. (75 h). Im Verkehr mit der Tschechoslowakei, mit Rumänien und der Republik Österreich gelten jedoch die Gebühren für den inländischen Verkehr. — Zufolge eines Erlasses des Postministeriums wurde der Briefverkehr mit Deutschland im gleichen Umfange wie mit der Republik Österreich gestattet. Die Postgebühren werden zum Kurse 1:3 berechnet.

— (Fakultät für Forstwesen.) An der Agrarmer Universität wird eine neue Fakultät für Forstwesen und Landwirtschaft ins Leben gerufen.

— (Das Bekenntnis zum Staate.) Die „Marburger Zeitung“ schreibt (zensuriert): „Nur wenn wir (Deutsche) uns voll und ganz auf den Boden stellen, wenn wir uns als vollwertige Staatsbürger betrachten, wenn wir die Entscheidung der Entente rücksichtslos, zwar nicht freudig, aber ehrlich und loyal anerkennen, dann werden wir auch verlangen können, daß uns alle Rechte als deutsche Staatsbürger gesetzlich zuerkannt und auch faktisch zuteil werden. Wollen wir durch eine unvernünftige Absichts- und Negationspolitik uns um diese staatsbürgerlich und nationalpolitisch unentbehrlichen Rechte bringen? Sollen wir durch eine derartige Haltung allen jenen Elementen, denen die Deutschen im SHS-Staate ein Dorn im Auge sind, eine furchtbare Waffe gegen uns in die Hand geben? Dazu geben wir uns nicht her. Den Staat könnten wir durch eine derartige Haltung zwar erheblich schädigen, uns selbst aber und unser Volkstum würden wir ganz gewiß der Vernichtung preisgeben. Wir wollen weder das eine noch das andere; erstens nicht, weil wir Deutsche ein Ordnungselement sind, dessen Beruf es immer war, aufzubauen, nicht zu zerstören. Wir werden also in unserem Blatte die Haltung, die dem Staate gibt, was des Staates ist, zur augenscheinlichen Geltung bringen, im Interesse des Staates und in dem der Deutschen... Gewiß, es ist kein himmelhochjauchzendes Bekenntnis zum Staate. Das kann heute noch niemand von uns verlangen und erwarten. Aber es ist ehrlich und rückhaltslos. Es ist nicht von der Liebe diktiert, sondern aus politischer Einsicht und Vernunft heraus entstanden... Unser Staat kann sich aber leicht und mit einem Schlage das volle Zutrauen, ja die Liebe aller seiner deutschen Bürger erwerben, wenn er nicht darauf ausgeht, uns zu entnationalisieren. Wir wollen Deutsche bleiben und verlangen, daß der Staat diesen unseren Willen respektiere. Tut er das — und es ist nicht nur unser, es ist auch sein eminentes Interesse — dann, aber auch nur dann, wird die derzeitige Vernunftsthe sich zu einer Neigungsthe verwandeln.“ Als Kardinalforderung werden sodann deutsche Schulen für das deutsche Kind verlangt. Es sollen ferner die Verordnungen und Gesetze auch in Hinsicht auf die Deutschen gerecht und gleichmäßig von den unteren Behörden ausgelegt werden. Das Vereinsgesetz solle auch auf die Deutschen liberal und gerecht angewendet werden. Es müsse ihnen erlaubt sein, politische und unpolitische Vereine (Gesang-, Turn-, Touristen-, Geselligkeitsvereine usw.) zu bilden, selbstverständlich im Rahmen des Staates. Die Freiheit des Wortes in der Presse solle wieder hergestellt werden. Auch in der Ausweisungfrage sei jetzt, wo die Grenzen festgesetzt sind, eine Änderung am Plage. Ein Ende müsse ferner gemacht werden mit der Stellung unter Staatsaufsicht, die eine gewaltige Drosselung des Handels und der Industrie darstelle.

— (Die jugoslawische Staatsbürgerschaft.) Artikel 70 des Friedensvertrages besagt, daß alle Personen, welche die

Zuständigkeit in einem Gebiete besitzen, das früher zu der österreichisch-ungarischen Monarchie gehörte, ohne weiters die Staatsangehörigkeit desjenigen Staates erwerben, der auf dem genannten Gebiete die Souveränität ausübt. Hierbei ist aber eine gewisse Einschränkung zu beachten. Denn der Artikel 76 sagt: „Unbeschadet der Bestimmung des Artikels 79 erwerben die Personen, welche die Zuständigkeit in einem kraft des gegenwärtigen Vertrages dem serbisch-kroatisch-slowenischen Staate oder dem tschechoslowakischen Staate übertragenen Gebiete nach dem 1. Jänner 1910 erworben haben, die serbisch-kroatisch-slowenische oder tschechische Staatsangehörigkeit nur unter der Bedingung, daß sie hiezu die Ermächtigung des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates oder des tschechoslowakischen Staates, je nach dem Falle, erhalten. Hierzu kommt der Artikel 77. Dieser erklärt, daß, wenn diese Ermächtigung nicht angesucht oder verweigert wird, die Betreffenden von Rechts wegen die Angehörigkeit jenes Staates erwerben, der die Souveränität auf dem Gebiete ausübt, in dem sie vorher das Heimatsrecht besaßen. Hiernach kann also Deutschen, Magyaren usw., die schon vor dem 1. Jänner 1910 im jetzigen Jugoslawien sich niederließen, das jugoslawische Staatsbürgerrecht nicht verweigert werden. Nur solchen Deutschen, Magyaren usw. kann das jugoslawische Staatsbürgerrecht verweigert werden, die erst nach dem 1. Jänner 1910 sich im jetzigen Jugoslawien niedergelassen haben.

— (Großjährigkeit.) Nach dem österreichischen Gesetz, das bei uns in Geltung war, wurde die Volljährigkeit erst mit dem vollstreckten 24. Lebensjahre erreicht. Mit dem neuen Gesetz vom 31. Juli 1919, das am 2. September in der „Sluzbeni Novini“ veröffentlicht wurde, ist für das gesamte Königreich SHS die Bestimmung getroffen, daß mit dem Tage, an welchem einer sein 21. Lebensjahr vollendet, die Volljährigkeit eintritt. Alle jene also, die heuer am 2. September über 21 Jahre alt waren, sind großjährig. Rückwirkend ist das Gesetz nicht.

— (Das Heeresstatut) des Königreiches Serbien soll nun auf alle Gebiete des Königreiches der SHS ausgedehnt werden. Außerdem werden in allen Gesetzen, Institutionen, Regulativen, Vorschriften die Worte: „Königreich Serbien“ durch „Königreich der SHS“, „serbische Armee“ durch „Armee der SHS“, „serbischer Untertan, Bürger und Staatsangehöriger“ durch „Staatsbürger des Königreiches der SHS“ ersetzt.

— (Ursulinen in Blaschin.) Die Prager Ursulinen sollen ihren Sitz nach Blaschin verlegen, wo ihnen im leeren Schlosse des Fürsten Karl Auersperg die entsprechenden Räume überlassen wurden. Wie nun „Pravo Lidu“ meldet, fand am 31. August in Blaschin eine von allen Parteien einberufene Volksversammlung statt, in der eine längere Kundgebung beschlossen wurde, die sich gegen (1) die Überlassung des Schlosses an die Ursulinen ausspricht, und verlangt, daß die Räume des Schlosses an Familien in Blaschin übergeben werden, die schlechte Unterkünfte haben.

— (Kompensationsvertrag Jugoslawiens) mit der Republik Österreich dürfte, wie das „Neue Wiener Journal“ schreibt, Tauschwaren im Gesamtwerte von 900 Millionen Kronen umfassen. Er besitzt aber noch außerdem Expansionsfähigkeit, weil im Bedarfsfalle die Erweiterung der beiderseitigen Lieferungskontingente vorgesehen ist. Deutschösterreich erhält 8000 Waggons Getreide und Mehl, 8000 Waggons Kartoffeln, 300 Waggons Hülsenfrüchte, 600 Waggons verschiedene Futterartikel, 6000 Waggons Fettschweine, ferner Mastvinder, Schafe, Geflügel, Schweinefett, Selchfleisch, Eier, Speiseöl, Hart- und Weichkäse und anderes mehr. Ferner noch Schafwolle, Felle aller Art, Gerbstoffextrakte, Erze und Metalle, Holzkohle, Hans, Bienenwachs und verschiedene andere Rohstoffe und Halbfabrikate. Was die Lieferungen der Republik Österreich an Jugoslawien anbelangt, liegen diese auf industriellem Gebiete. Den hervorragendsten Platz nimmt die Eisenindustrie und daneben die Papierindustrie ein. Außerdem hat Deutschösterreich Möbel zu liefern und noch vieles andere.

— (Die deutschen Staatsbürger Jugoslawiens.) „Mariborski delavec“ schreibt: Der jugoslawische Staat hat durch

seinen Handelsvertrag (mit der Republik Österreich) bewiesen, daß er der österreichischen Republik nicht feindlich gegenüber treten will. Damit hat er aber auch den Beweis erbracht, daß er jenen Deutschen, die heute (11. September) infolge Spruches der Friedenskonferenz jugoslawische Staatsbürger geworden sind, nicht feindlich gesinnt ist. Wir wissen, daß auch diese jugoslawischen Staatsbürger deutscher Nationalität die Unparteilichkeit unserer Regierung zu schätzen wissen werden und sich ihrer Pflichten gegenüber ihrer neuen Heimat bewußt sein werden.

— (Salzkäufe in Amerika.) Aus Belgrad wird gemeldet: In Amerika wurden für unseren Staat große Salzquantitäten gekauft, von denen ein Teil bereits eingetroffen ist.

— (Wilson gegen die Deutschamerikaner.) Aus Belmar wird berichtet, Wilson ziehe in seinem Werbefeldzug insbesondere gegen die Deutschamerikaner los, die in Amerika bedeutend an Macht gewinnen.

— (Die Adriafrage) wird, wie der Tiester „Era nuova“ aus Paris berichtet wird, im Laufe des Monats Oktober geordnet werden.

— (Die Baumwolleneinfuhr) nach Deutschland aus Amerika hat Ende August wieder begonnen. Ein Dampfer mit 12.000 Ballen Baumwolle ging von Galvestan nach Bremen ab.

— (Zu den finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages.) Die finanziellen Bestimmungen haben nur die Aenderung erfahren, daß ein Teil der nichttitulierten Staatsschulden auch von den Nationalstaaten mitübernommen werden muß. Zu den nichttitulierten Schulden gehören offenbar auch die Pensionsverpflichtungen. — Rückichtlich der am jugoslawischen Staate, Rumänien und Italien, bezw. den Angehörigen der an diese Staaten gefallen Gebietssteile Oesterreichs bleiben die Bestimmungen aufrecht, wonach die Guthabungen in der Währung, welche im Zeitpunkt der Zahlung im Staate, dessen Angehöriger der Zahlungsempfänger ist, gesetzliche Geltung haben, zurückgezahlt werden müssen. Dabei ist die in der ursprünglichen Währung ausgedrückte Zahlungssumme zu dem bekannten Durchschnittskurse der Genfer Börse zu berechnen. Durch diesen Umrechnungskurs wird Österreich stark belastet, weil nicht nur die Verschlechterung der österreichischen Währung gegenüber jenen in den drei Staaten, sondern auch die Folgen der Verschlechterung der Währung dieser drei Staaten (Rumänien, Jugoslawien und Italien) selbst von österreichischen Schuldnern zu tragen sind.

— (Der nationale Chauvinismus.) Im „28. Nijen“ schreibt der tschechische Abgeordnete Modraček: Eine größere Gefahr als die bolschewistischen Spielereien ist der nationale Chauvinismus. Diese Otter zischt, wenn sie in irgendeinem sprachlich gemischten Orte eine doppelsprachige Firmentafel oder eine zweisprachige Straßentafel sieht, sie erhebt drohend ihr Haupt, sobald irgendwo ein Wörtchen von nationaler Verständigung ausgesprochen wird, oder wenn der Präsident oder der Regierungschef eine deutsche Abordnung empfängt, und wirft sich wütend auf jeden, der in einem Deutschen einen gleichberechtigten Bürger der Republik sieht. . . . Nichts würde uns in der Welt mehr schaden und unsere Existenz bedrohen, als die Unverträglichkeit mit den anderen nationalen Bürgern, als nationale Heze. Wer sein Volk aufrichtig liebt, muß mit größter Sorge beobachten, wie unsere bürgerlichen Blätter in eine Sprache verfallen, die direkt auf den nationalen Umsturz unseres Staates hinzielt. Wir haben in unserer Hand alle Macht, von einer Unterdrückung unserer Nation kann keine Rede sein. Was für einen Sinn hat es, in die Art der nationalen Agitation des alten Österreich zu verfallen? Im Gegenteil, als herrschende Nation müssen wir jetzt zeigen, daß wir freisinniger und gerechter sind, als es die Deutschen und Magyaren waren, da sie über uns herrschten. Wir müssen zeigen, daß wir die Rechte und Bedürfnisse aller Bürger der Republik ohne Unterschied der Nation zu achten verstehen. Das ist ein Gebot der Demokratie und Zivilisation, das ist direkt eine Bedingung für die Erhaltung unserer nationalen Freiheit, die wir nach jahrhundertlangem Dulden erkämpft haben.

Vergessen wir nicht, daß es Chauvinismus war, der die Weltkriegskatastrophe entzündet hat. Vergessen wir nicht, daß die Biper des nationalen Chauvinismus Österreich und Ungarn zertrümmert hat. Trachten wir deshalb, sie von uns abzuschütteln, ehe sie uns von allen Seiten mit Todfeindschaft umschließt und ehe sie uns in interrationale Konflikte treibt, in denen wir vielleicht alles verlieren würden, was wir errungen haben. Und wie wir den Bolschewismus bekämpft haben und bekämpfen, so werden wir aus Liebe zu unserem Volke auch den nationalen Chauvinismus bekämpfen.

— (Errichtung von Volksgerichten gegen den Wucher.) Aus Prag wird unterm 5. September berichtet: Die koalitierten Parteien der Nationalversammlung hielten heute eine längere Beratung ab über die Ernährungs- und Approvisionierungsverhältnisse in der Republik. Der Justizminister kündigte an, daß ein Gesetzentwurf über die verschärfte Verfolgung des Wuchers eingebracht und Volksgerichte zu diesem Zwecke werden errichtet werden. Die Strafe für Wucher wird wesentlich erhöht. Überdies wird der Wucher auch durch Verfall des Vermögens im ausgedehnten Maße bestraft werden. Der Entwurf läßt die Möglichkeit zu, für das Verbrechen des Wuchers das Standrecht zu verhängen. In der Debatte wurde die Anregung gegeben, das Verbrechen des Wuchers in besonders schreienden Fällen auch mit körperlicher Züchtigung zu strafen. Eine Vervollkommnung des Ausbaues der Wucherkontrolle wird ebenfalls vorgesehen.

— (Das bankrotte Europa.) In amerikanischen Finanzkreisen wird vom Finanzdepartement gefordert, daß dieses angesichts des unausgesetzten Sturzes aller europäischen Valuten unverzüglich Maßnahmen treffen solle, um die Kreditfähigkeit Europas zu heben.

— Die Devisen Wien stand in Zürich am 12. September auf 9.75 (10.—); deutschösterreichisch gestempelte Kronennoten 10.— (10.50) ungestempelte Kronennoten 10.— (10.50).

— (Die Menschenverluste der Entente.) Nach dem Pariser „Ezelsfor“ hat Frankreich — Zahl der Toten — im Kriege 1,385.000, England 835.000, Italien 559.000, Amerika 51.000, Belgien 38.172, Portugal 8367 Menschen verloren. Die Ziffern für Rumänien und Serbien liegen noch nicht vor.

— (Eisenbahnpolitik.) Im „Agramer Tagblatt“ entwickelt Mil. Ulmansky ein Programm für die in unserem Staate zu erbauenden Eisenbahnen. Mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen verteilt der Verfasser das Eisenbahnbauprogramm auf 4 Bauperioden, nämlich I. 1920—1925, II. 1925—1940, III. 1940—1950, IV. von 1950 weiter. In die erste Bauperiode (1920—1925) ist u. a. Die Likabahn, die Bahn Agram-Fiume (zweites Geleise) und Agram Steinbrück (zweites Geleise) aufgenommen. Eine Bahnstrecke Gottschee-Fiumanerbahn enthält dieses Programm nicht.

— (Fiume.) „Popolo d' Italia“ schreibt, in Rom herrsche die Meinung vor, Fiume werde einer der fortgestrittensten Städte der Welt werden, weil dort die Verkehrsstrecken aller Donaustaaten und des Ostens konzentriert sein werden. Triest hingegen werde als Hafen den Verkehr der nördlichen Länder von Baden bis zur Karpathenzone vereinigen.

— (Aktive und passive Provinzen.) Milan Ulmansky schreibt im „Agramer Tagblatt“ („Eisenbahnpolitik“): „Aktiv“ sind an Lebensmitteln im Staate folgende Gebiete: Bačka, Banat, Srijam, Bocwa und das Moravabecken; „passiv“ Westkroatien, Dalmatien, Südwest- und Südbosnien, die Herzegowina, Montenegro, die eventuellen albanischen Teile und ein großer Teil Mazedoniens. Die nicht ausdrücklich angeführten Gebiete (darunter auch Slowenien) können unter günstigen Verhältnissen das knappe Auslangen mit den eigenen Mitteln finden, jedoch muß bei nur geringen Schwankungen auch mit deren Passivität gerechnet werden. Im Nordwestteil des Staates (Slowenien) sind bereits starke Ansätze zur Entwicklung verschiedener Industrien vorhanden, auch liegen in diesem Teile die wesentlichsten Ressourcen an Industriebetriebs-

mitteln. Die Produkte dieser Industrien reichen aber nur zur Befriedigung eines kleinen Bruchteiles der im Gesamtstaate herrschenden Bedürfnisse aus, so daß wir den Gesamtstaat als industriell passiv bezeichnen müssen. . . . Gegenwärtig können wir dem Weltmarkte nur nennenswerte Mengen an Holz zuführen. Die bezüglichen Ausführgebiete sind Slawonien, Kroatien, Slowenien und Bosnien. Bei rationeller Hebung der Landwirtschaft in den bereits jetzt aktiven Gebieten könnten diese nicht nur den Abgang in den passiven Gebieten decken, sondern es könnten noch bemerkenswerte Quantitäten für die Ausfuhr erübrigen.

— (Zur Valutaregelung.) „Politika“ in Belgrad meldet: Das Finanzministerium hat beschlossen, die Zirkulation der Banknoten zu vermindern und die Einfuhr von Kronennoten aus dem Auslande zu verhindern. Weil der Umtausch sämtlicher im Staate in Verkehr befindlichen Kronennoten nicht auf einmal bewerkstelligt werden kann, herrscht die Meinung vor, es sei das beste, zunächst die großen Noten zu 1000 und 100 Kronen einzuziehen. Für den Umtausch dieser Banknoten hat der Finanzminister in Belgrad bereits ungefähr 600 Millionen Staatsdinare zur Verfügung. Im ganzen wurde in Paris, Agram und Prag bisher bereits eine Milliarde Dinar gedruckt. Vor allem muß nun das Verhältnis bestimmt werden, in welchem der Austausch von Kronen mit Dinars zu erfolgen hat. Dieses Verhältnis wird wahrscheinlich 1 : 3 sein. (Für einen Dinar drei Kronen.) Mit dieser Umtauschung wird sofort begonnen werden, weil die Fortsetzung der Einschmuggelung von Papierkronen verhindert werden soll, da eben diese großen Banknoten am leichtesten eingeführt werden. Außerdem soll auch die Kronenzirkulation hiedurch einigermaßen vermindert werden, was den Kurs günstig beeinflussen wird.

— (Als eine dringliche Aufgabe) gilt gegenwärtig das Zustandekommen des Wahlgesetzes für die Konstituante. Erst durch die Konstituante wird, wie man bestimmt erwartet, der Staat jene endgültige Konsolidierung erreichen, deren er bedarf. Auch die Schwierigkeiten der Regierungskrise hängen zum Teil mit dieser Frage zusammen, weil gewisse Parteien die Sicherung der Majorität in der Konstituante als ihr Hauptziel ansehen.

— (Der Dollar als Weltvaluta?) D. v. Bilinski der frühere österreichische Finanzminister und Gouverneur der Österreichisch-ungarischen Bank, schlägt vor, es möge der Dollar als Weltwährung eingeführt werden. Wie sind Erfahrungen, die die Lateinische Münzunion, die skandinavische Münzkonvention und die Münzverträge des ehemaligen Deutschen Zollvereines gemacht haben? Haben alle diese nicht nur dem Namen nach bestanden und schließlich Schiffbruch gelitten. Es bleibt also abzuwarten, wie Bilinski das anscheinend Unmögliche schaffen will. Wie D. Gold im „Prager Tagblatt“ ausführt, wäre die Dollar-Weltvaluta nur bei einheitlichem Zoll- und Wirtschaftsgebiete durchführbar. Wer denkt aber im Traum an einen solchen tatsächlichen Welt-Zollverein? Ohne einen solchen kann man eine gemeinsame Währung wohl beschließen und einführen, aber auch nicht ein Jahr lang intakt erhalten. Man wird also dem Plane skeptisch gegenüberstehen. „Denkbar ist, daß Amerika seinen Geldüberfluß nach Europa abgeleitet genötigt ist, um sich den alten Kontinent als Käufer zu erhalten. In diesem Sinn mag der Dollar oder besser ein Dollardepot oder ein Dollarkredit in Washington geeignet sein, den Währungen der europäischen Staaten als Fundament zu dienen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, unter sich und mit den Vereinigten Staaten in Dollarmährung zu verrechnen. . . . ihre heimische Währung jedoch nach ihrem Gefallen und nach ihren Bedürfnissen auszubauen. Angesichts der fortschreitenden Verschuldung Europas an Amerika hat die Union alle Ursache, den alten Kontinent zu „sanieren“, so daß jeder wenigstens dem Auslande gegenüber zahlungsfähig bleibt. Darauf dürfte es auch hinauskommen.“

— (Schwierigkeiten bei der Verzollung.) Auch bei uns wurde in einzelnen Fällen schon Klage darüber geführt, daß bei der Warenverzollung sehr langsam vorgegangen wird. Noch mehr Schwierigkeiten als in Laibach scheint die Verzollung in Agram

zu machen. Deshalb hat die dortige Handels- und Gewerbekammer angeführt, daß das Beamtenpersonal vermehrt wird. Bisher wurden nämlich in Agram täglich nur zwei Waggons Waren verzoollt, während auf den Agramer Eisenbahnstationen über 500 Waggons auf das Verzollungsverfahren warten. Aus demselben Grunde sind auch 300 für Kroatien bestimmte Waggons mit Waren in Slowenien stecken geblieben. Der Schaden, der bei dem herrschenden Waggonmangel aus diesem Umstande erwächst, ist groß und trägt auch zu der allgemeinen Teuerung bei.

— (Schutz der nationalen Minderheiten.) Der „Petit Parisien“ meldet: Der deutschösterreichische Friede werde frühestens am 10. September unterzeichnet werden, es sei aber zweifelhaft, ob die Unterzeichnung glatt vor sich gehen könne, da sowohl die Rumänen als auch die Südslawen nicht ohne Protest den Klauseln zustimmen dürften, die die Nachfolgestaaten zum Schutze der nationalen und konfessionellen Minderheiten verpflichten.

— (Landwirtschaft und soziale Umwälzung.) In seinem Aufsatz „Der Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens“ kommt Dr. D. Neubörfer in der „Landwirtschaftlichen Genossenschaftspress“ zu folgendem Schluß: Der Ausbruch des Weltkrieges bedeutet das Ende einer weltgeschichtlichen Epoche. Unter furchtbaren Wehen vollzieht sich die Geburt eines neuen Zeitalters und dieses Zeitalter wird wirtschaftlich im Zeichen der Sozialisierung stehen. Der politischen Revolution, die vorläufig nur in den besiegten Staaten zum Ausbruch gekommen ist, die aber früher oder später auch von der Revolution in den siegreichen Staaten gefolgt sein dürfte, wird überall unvermeidlich auch die soziale und wirtschaftliche Revolution folgen und die künftige Weltordnung wird — darüber kann heute ein Zweifel nicht mehr möglich sein — die des Sozialismus sein. Es ist gegenwärtig müßig, darüber nachzudenken, ob die völlige Überführung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine sozialistische ein erstrebenswertes Ziel der Wirtschaftsentwicklung ist. Der Sozialismus ist auf dem Wege und keine Macht der Welt wird ihn aufhalten! Aber ebenso sicher ist es auch, daß von allen Zweigen

des Wirtschaftslebens die Landwirtschaft von der bevorstehenden sozialen und wirtschaftlichen Umwälzung am wenigsten berührt werden wird; denn die Landwirtschaft, soweit sie genossenschaftlich organisiert ist, ist bereits sozialisiert. Auf dem Lande ist eine andere Art der Vergesellschaftung als die genossenschaftliche undenkbar und undurchführbar und insbesondere kann nicht daran gedacht werden, den Grund und Boden, auf dem der Bauer wirtschaftet, zu enteignen und in das Eigentum der Gesamtheit überzuführen. Der Ertrag, den der Bauer seiner eigenen Scholle abringt, ist echtes Arbeitseinkommen, das aus echtem Arbeitseigentum hervorgeht, und dieses Arbeitseigentum muß von der Vergesellschaftung unberührt bleiben.

Suchen. (Übergabe.) Herr Revierförster Künzel in Merleinsraut verläßt nunmehr seinen hiesigen Posten, um nach Österreich zu übersiedeln. Er hat durch eine längere Reihe von Jahren verdienstvoll gewirkt und hat sich auch um die Angelegenheiten des öffentlichen Wohles der Bevölkerung warm angenommen. Man wird ihm deshalb hier eine ehrenvolle Erinnerung bewahren. Am 15. September wurde das Revier Merleinsraut dem neuen Herrn Förster Novak amtlich übergeben.

Laibach. (Staatsrealgymnasium mit deutscher Unterrichtssprache.) Am hiesigen Staatsrealgymnasium mit deutscher Unterrichtssprache beginnt das Schuljahr am 22. September. Die Einschreibung der Schüler in die I. Klasse findet am 23. September statt, die Aufnahmeprüfung für die I. Kl. am 24.; die Einschreibung der Schüler der II.—VIII. Kl. am 26. September; die Wiederholungs- und Nachtragsprüfungen am 25. und 26. September, das Heil.-Geistamt am 27. September. Der regelmäßige Unterricht beginnt am 29. September.

Wien. (Trauung.) Am 12. September fand hier in der Pfarrkirche zum heil. Laurenz und Gertrud (XVIII. Bez.) die Trauung des Herrn Dr. Josef Kresse, Sohnes des Herrn Wirtschaftsbesizers Anton Kresse in Schalkendorf, mit Fräulein Mimmi Köhrer, Tochter des Herrn Ingenieurs Oswald Köhrer, statt. Herzlichsten Glückwunsch.

Aus dem Amtsblatte der Landesregierung SHS in Laibach.

Z. 1313/13.

Kundmachung.

Der Tabakhauptverlag, vereinigt mit einer Trafik in Gottschee Nr. 85, wird hiemit zur öffentlichen Konkurrenz ausgeschrieben.

In der Zeit eines Jahres, vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1918, wurde von dem Hauptverlage an die ihm zugeteilten Trafiken für K 424.727-48, in der Trafik aber zum Konsumentenpreis für K 78.588-20 Tabakmaterial abgegeben. Auf den Verleger entfiel als Trafikantengewinn der Betrag von K 7858-82.

Der Verkauf von Wertzeichen des Stempelgefällswesens warf in derselben Zeit einen Bruttoertrag von K 607-43, der Verkauf von Postwertzeichen aber K 84-11 ab.

Invalide aus dem letzten Kriege sowie Witwen und Waisen von in diesem Kriege gefallenen oder gestorbenen Soldaten (Offiziere und Mannschaft) haben unter bestimmten Bedingungen bedingungslos den Vorzug vor allen anderen Bewerbern.

Alle anderen Angaben sind in der Konkurrenz kundmachung, die bis 30. September 1919 an der Amtstafel bei der Finanz-Bezirks-Direktion in Laibach und beim Gemeindeamte in Gottschee angeschlagen ist, ersichtlich.

Z. 51/19—3.

Einleitung des Todesfallverfahrens gegen Georg Lackner.

Georg Lackner, geb. am 3. März 1883, ehelicher Sohn des Georg Lackner und der Maria, geb. Stimpfl, in Hohenegg bei Gottschee, zuständig nach Gottschee, Heger in Mooswald, wird seit dem 3. September 1914, als er als Zugführer des 7. Jägerbataillons, 4. Kompanie, am Kampfe beim Povitenskiwald bei Kamienbrod sich beteiligt hat, vermisst. Seit damals ist von ihm nichts mehr zu hören.

Nach diesem ist es gesetzlich begründet, anzunehmen, daß er gestorben ist, und es wird im Sinne des § 1 des Gesetzes vom 31. März 1918, R. G. Bl. Nr. 128, auf das Ansuchen seiner Frau Anna Lackner, geb. Knapfl, in Hohenegg

Nr. 25 bei Gottschee das Verfahren eingeleitet, daß der Vermisste als gestorben erklärt wird.

Es wird daher jedermann aufgefordert, dem Gerichte oder dem Herrn David Steiger in Gottschee, der unter einem zum Kurator bestimmt wird, alles, was er über den Vermissten weiß, zu berichten.

Georg Lackner wird aufgefordert, sich beim unterzeichneten Gerichte zu melden oder ihm sonstwie bekanntzugeben, daß er noch lebt. Nach dem 1. März 1920 wird das Gericht auf ein neuerliches Ansuchen über die Todeserklärung entscheiden.

Kreisgericht in Rudolfswert, Abt. I, am 2. August 1919.

Z. 91/19—7.

Einleitung des Todesfallverfahrens gegen Adolf Miklitsch.

Adolf Miklitsch, geb. am 16. Mai 1887, Besitzer in Rieg Nr. 53, ehelicher Sohn des Josef Miklitsch und der Helena, geb. Janesch, soll am 31. August 1916 in den Kämpfen bei Delowóju bei Stanislaw in Galizien als Dragoner des 5. Dragonerregiments gefallen sein. Seit damals ist von ihm nichts mehr zu hören.

Nach diesem ist es gesetzlich begründet, anzunehmen, daß er gestorben ist, und es wird im Sinne des § 1 des Gesetzes vom 37. März 1918, R. G. Bl. Nr. 128, auf das Ansuchen seiner Frau Maria Magdalena Miklitsch, geb. Poje, in Rieg Nr. 53 bei Gottschee das Verfahren eingeleitet, daß der Vermisste als gestorben erklärt wird.

Es wird daher jedermann aufgefordert, dem Gerichte oder dem Herrn Johann Rogale, Besitzer in Rieg Nr. 20, der unter einem zum Kurator bestimmt wird, alles, was er über den Vermissten weiß, zu berichten.

Adolf Miklitsch wird aufgefordert, sich beim unterzeichneten Gerichte zu melden oder ihm sonstwie bekanntzugeben, daß er noch lebt. Nach dem 1. März 1920 wird das Gericht auf ein neuerliches Ansuchen über die Todeserklärung entscheiden.

Kreisgericht in Rudolfswert, Abt. I, am 2. August 1919.

Bei einmaliger Einschaltung kostet die viergespaltene Kleindruckzeile oder eben Raum 10 Heller, bei mehrmaliger Einschaltung 8 Heller. Bei Einschaltungen durch ein halbes Jahr wird eine zehnprozentige, bei solchen durch das ganze Jahr eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt.

Anzeigen.

Die Anzeigengebühr ist bei einmaliger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflichst ersucht, bei Bestellungen von den in unserer Blatte angezeigten Firmen sich stets auf den „Gottscheer Zeitung“ zu beziehen.

Verein der Deutschen a. Gottschee

in Wien.

Sitz: I., Himmelfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag im Vereinsheim Paul Deierls Gastwirtschaft, I., Babenbergerstraße Nr. 5a.

Der Konsumverein

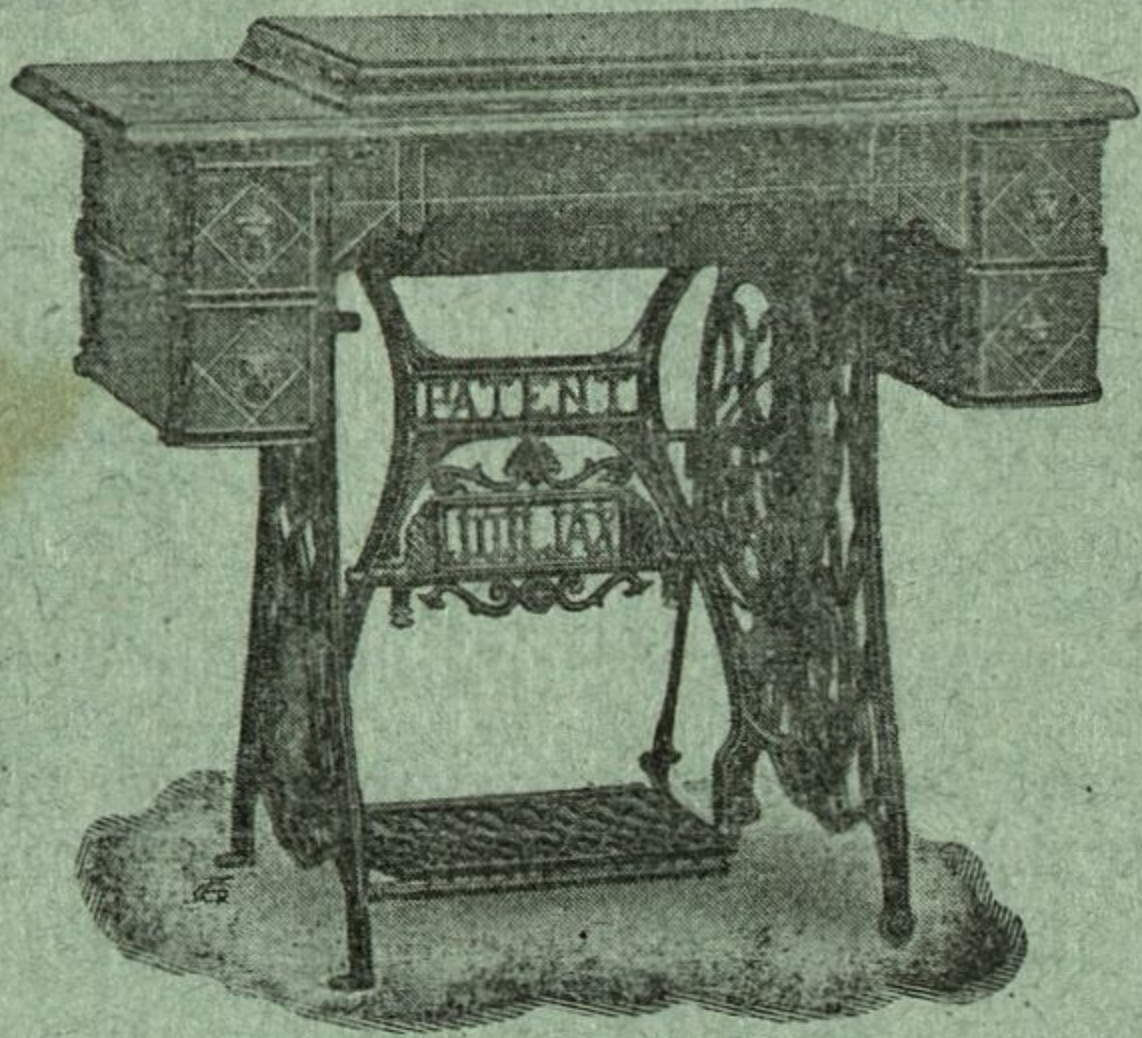
am Kohलगewerke in Gottschee kauft jederzeit Kartoffeln, Fisolen und Speck zu Tagespreisen. *Konsumkontrolle.*

Abonnieret und leset die Gottscheer Zeitung!

Reichhaltiges Lager der besten und billigsten

Fahrräder und Nähmaschinen

für Familie und Gewerbe.



Schreibmaschinen.

Langjährige Garantie.



Johann Jax & Sohn • Laibach

Wienerstrasse Nr. 15.

Tief erschüttert geben wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht von dem Ableben unseres innigstgeliebten, unvergesslichen Sohnes und Bruders, des Herrn

Matthias Verderber

Bestätersohn

welcher gestern um 5 Uhr nachmittags nach kurzem, schwerem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, in seinem 19. Lebensjahre sanft im Herrn entschlafen ist.

Das Leichenbegängnis des teuren Verbliebenen findet Mittwoch den 18. September um 5 Uhr nachmittags vom Trauerhause in Unterlag Nr. 1 aus auf den Ortsfriedhof statt.

Unterlag, am 17. September 1919.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Ein schwerer Fuhrwagen

und

ein Rehrfuhrschlitten

gut erhalten, werden zu kaufen gesucht. Anträge sind an die Firma Loser in Gottschee, Stampfplatz, zu richten. 1—2

Ein schöner Ochse

ein Jahr alt, heimischer Rasse, ist sofort preiswert zu verkaufen. Mitterdorf Nr. 34.

Hadern

gemischt, jeder Art, Schweinshaare, Ochsen- und Pferde-Schweishaare, Felle von Wild jeder Art kaufen zu besten Preisen A. Chorinek und So. in Gills.

Jeder sein eigener Reparateur!



Meine Sumax-Handnäähle näht Steppstiche wie mit Nähmaschine. Größte Erfindung, um Leder, zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Felle, Teppiche, Wagendecken, Zeltstoffe, Filz, Fahrradmäntel, Säcke, Leinwand und alle andern starken Stoffe selbst flicken zu können. Unentbehrlich für jedermann. Eine Wohlthat für Handwerker, Landwirte und Soldaten. Ein Jubel für Sportsleute. Feste Konstruktion, kinderleichte Handhabung. Garantie für Brauchbarkeit. Übertrifft alle Konkurrenz-Fabrikate.

... Soll in keinem Haushalte fehlen ... 15

Viele freiwillige Belobungsschreiben.

Preis der kompletten Nähähle mit Zwirn, 4 verschiedenen Nadeln und Gebrauchsanweisung K 4, 2 Stück K 7-50, 3 Stück K 11, 5 Stück K 18. Versand bei Geld-Voreinsendung portofrei, bei Nachnahme Porto extra. Josef Pelz, Wien XIV., Schwelberg. 15.

Sparkasse der Stadt Gottschee

Das Amtlokal der Sparkasse der Stadt Gottschee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmarkttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einlagenstand Ende Dezember 1918:
K 11,272.732-27.

Zinsfuß für Einlagen (ohne Abzug der Rentensteuer) 3 1/2 %.

Zinsfuß für Hypotheken im Bezirke Gottschee 5 1/2 %, in anderen 5 3/4 %.